

# Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 4. März 1998

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	19, 20	Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.) . . . . .	36, 37
Augustin, Anneliese (CDU/CSU) . . . . .	23, 24	Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU) . . . . .	40, 41
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU) . . . . .	44	Kirschner, Klaus (SPD) . . . . .	12, 13
Austermann, Dietrich (CDU/CSU) . . . . .	18, 25	Kubatschka, Horst (SPD) . . . . .	14, 15
Bindig, Rudolf (SPD) . . . . .	32, 33	Dr. Luft, Christa (PDS) . . . . .	30, 31
Conradi, Peter (SPD) . . . . .	42, 43	Müller, Michael (Düsseldorf) (SPD) . . . . .	1, 2
Dreßen, Peter (SPD) . . . . .	6, 7	Peters, Lisa (F.D.P.) . . . . .	10, 11
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS) . . . . .	28, 29	Rehbock-Zureich, Karin (SPD) . . . . .	16, 17
Erler, Gernot (SPD) . . . . .	34, 35	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD) . . . . .	4, 5
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.) . . . . .	47	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD) . . . . .	21, 22
Hagemann, Klaus (SPD) . . . . .	3	Vergin, Siegfried (SPD) . . . . .	8, 9
Dr. Hartenstein, Liesel (SPD) . . . . .	45, 46	Wallow, Hans (SPD) . . . . .	38, 39
		Warnick, Klaus-Jürgen (PDS) . . . . .	26, 27

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft**

1. Abgeordneter  
**Michael Müller (Düsseldorf)**  
(SPD)  
Sind nach dem vorliegenden Entwurf des Multilateralen Abkommens zum Investitionsschutz (MAI) Verschärfungen von nationalen und europäischen Umweltstandards durch neue Gesetze möglich, und wenn nicht, wie wäre dies in Deutschland mit der Staatszielbestimmung Umweltschutz in Artikel 20a des Grundgesetzes vereinbar?
  
2. Abgeordneter  
**Michael Müller (Düsseldorf)**  
(SPD)  
Sieht das MAI in seiner jetzigen Fassung die verbindliche Einhaltung international vereinbarter ISO- und IEC-Standards (Internationale Technische Standards) bzw. die Anwendung der bestverfügbaren Umweltschutztechniken bei Investitionen vor, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dies im Rahmen des MAI zu vereinbaren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

3. Abgeordneter  
**Klaus Hagemann**  
(SPD)  
Wie beurteilt die Bundesregierung im Zuge der Agenda 2000 die Chancen auf eine Verlängerung der europäischen Zuckermarktordnung über das Jahr 2000 hinaus, und welche Positionen konnte die Bundesregierung hierzu im Interesse der deutschen Rübenanbauer bislang durchsetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie**

4. Abgeordneter  
**Horst Schmidbauer (Nürnberg)**  
(SPD)  
Welche Forschungsprojekte der Firma ALCATEL wurden 1995 bis 1998 von der Bundesregierung an den Standorten dieser Firma gefördert, und in welchem Umfang war das Projekt „Passive optische Komponenten und Optohybride“ daran beteiligt?

5. Abgeordneter  
**Horst  
Schmidbauer  
(Nürnberg)  
(SPD)**
- Inwieweit sind mit der Gewährung dieser Fördermittel Auflagen hinsichtlich der Arbeitsplätze in Forschung und Produktentwicklung verbunden, in dem Sinne, daß seitens der Firma ALCATEL bei der Antragsstellung an die Bundesregierung Zusagen hinsichtlich der Sicherung vorhandener oder Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gemacht wurden, und wie ist gewährleistet, daß die mit Forschungsmitteln aus dem Bundeshaushalt entwickelten Produkte auch an Standorten in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

6. Abgeordneter  
**Peter  
Dreßen  
(SPD)**
- Welche Stellung bezieht die Bundesregierung zu rechtsextremen Äußerungen pensionierter Bundeswehroffiziere, wie sie im „Bericht aus Bonn“ vom 20. Februar 1998 (ARD) wiedergegeben wurden, und welche Konsequenzen zieht sie disziplinarrechtlich daraus?
7. Abgeordneter  
**Peter  
Dreßen  
(SPD)**
- Liegen der Bundesregierung weitere Erkenntnisse über Äußerungen pensionierter Offiziere der Bundeswehr vor, in denen rechtsextremes Gedankengut zum Ausdruck kommt, und wie hat sie darauf reagiert bzw. reagiert sie in absehbarer Zeit darauf?
8. Abgeordneter  
**Siegfried  
Vergin  
(SPD)**
- Wie haben sich die Haushaltsmittel für die Führung der Bibliotheken der Bundeswehr an den Kasernenstandorten, in den Spezialeinrichtungen und in der Führungsakademie der Bundeswehr seit 1992 entwickelt?
9. Abgeordneter  
**Siegfried  
Vergin  
(SPD)**
- Sind Beschwerden im Hinblick auf die Bibliotheken der Bundeswehr an den Kasernenstandorten, in den Spezialeinrichtungen und in der Führungsakademie der Bundeswehr seit 1992 eingegangen, und wie sind sie unter Einbeziehung der zuständigen Dienstaufsicht behandelt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

10. Abgeordnete  
**Lisa Peters**  
(F.D.P.)
- Liegen der Bundesregierung Statistiken über in der Bundesrepublik Deutschland an Parkinson erkrankte Personen vor, aus denen hervorgeht, in welchem Alter die Krankheit bei Männern bzw. Frauen auftrat, und verfügt sie über Zeitreihen, aus denen die Häufigkeit der Erkrankung in Verbindung mit der Berufsgruppenzugehörigkeit der Patienten hervorgeht?
11. Abgeordnete  
**Lisa Peters**  
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob es eine Häufung dieser Krankheit bei Personen gibt, die in der Landwirtschaft zuzuordnenden Berufen tätig waren bzw. sind?
12. Abgeordneter  
**Klaus Kirschner**  
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß Versicherten der deutschen gesetzlichen Krankenkassen für in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) angefertigten medizinisch notwendigen Zahnersatz ein Festzuschuß nach § 30 SGB V zu erstatten ist, und gilt umgekehrt, daß für in Nicht-EU-Staaten angefertigten medizinisch notwendigen Zahnersatz ein Zuschuß (§ 30 SGB V) zu den Kosten von den deutschen gesetzlichen Krankenkassen nicht erstattet werden kann?
13. Abgeordneter  
**Klaus Kirschner**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtslage, wenn Zahnärzte ausländische Labors, z. B. in EU-Staaten, im sonstigen europäischen Ausland, in Südostasien usw. beauftragen, die zahn-technischen Leistungen zu erbringen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

14. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Aus welchen Gründen wird eine Tiefe von 3,1 m und eine Breite von 90 m bei der Engstelle der Donau in Höhe der niederbayerischen Stadt Vils-hofen geschaffen, wenn diese Werte flußaufwärts nicht erreicht werden, und wer hat die politische Entscheidung hierüber getroffen?

15. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Welche Kosten entstehen bei einer Ausbaggerung der Donau im Raum Vilshofen auf 3,1 m Tiefe und 90 m Breite, und welche Kosten würden bei einer Ausbaggerung auf 2,5 m Tiefe und 80 m Breite anfallen?
16. Abgeordnete  
**Karin Rehbock-Zureich**  
(SPD)
- Ist die Finanzierung der A 98 im Abschnitt Lörrach – Rheinfelden – Karsau mit der Querspange A 861 in der Form gesichert, daß in den kommenden Jahren weitere Baumaßnahmen auch an anderen Abschnitten der geplanten A 98 aufgenommen werden können, und wenn ja, wann?
17. Abgeordnete  
**Karin Rehbock-Zureich**  
(SPD)
- In welcher Höhe ist die Finanzierung für die einzelnen Teilstücke der geplanten A 98 gesichert, und in welchem Zeitraum?
18. Abgeordneter  
**Dietrich Austermann**  
(CDU/CSU)
- Schließt die Präferenz der Gutachter der „verkehrswirtschaftlichen Untersuchung“ für die A 20, die am 18. Februar 1998 vom Bundesministerium für Verkehr vorgelegt wurde, eine Linienbestimmung und Realisierung der nord-westlichen Trassenalternative nach entsprechendem Raumordnungsverfahren aus?
19. Abgeordnete  
**Gila Altmann (Aurich)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche gegenüber den vorliegenden Erkenntnissen (u. a. aus ERNO-Studie, HSVA-Gutachten sowie der Entschließung aller Fraktionen des Niedersächsischen Landtages vom 4. Februar 1998) neuen Fakten hat die von der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage „Sicherheit in der Deutschen Bucht III“ (Antwort: Drucksache 13/9970) angekündigte Prüfung, ob es angesichts der besonderen Sicherheitslage in der Deutschen Bucht angezeigt ist, „die [. . .] Mehrzweckschiffe auch künftig durch private Bergungsschlepper zu ergänzen“, zum Gegenstand, und wann wird vor dem Hintergrund des zum 31. März 1998 auslaufenden Chartervertrages für den Hochseeschlepper „Oceanic“ ein Ergebnis vorliegen?
20. Abgeordnete  
**Gila Altmann (Aurich)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand haben die Verhandlungen zwischen dem Bund, der Deutschen Bahn AG und der Industrie zur Risikoabgrenzung und Lastenaufteilung beim Transrapid-Projekt Hamburg – Berlin für die Fälle
- eventueller Ausfall des Gesamtsystems über einen Zeitraum von mehr als drei Monaten,

- Kostensteigerungen beim Bau des Fahrweges,
- mangelnder Erlöse durch – wegen des Wegfalls des Haltepunktes Hamburg-Moorfleet – nicht realisierte Fahrgastprognosen

erreicht, und bis wann wird die Bundesregierung das Parlament über die diesbezüglichen Verhandlungsergebnisse unterrichten?

21. Abgeordnete  
**Dr. Angelica  
Schwall-Düren**  
(SPD)

Verfügt die Bundesregierung gegenwärtig über ausreichende Fakten, die Aufschluß darüber geben, in welcher Zusammensetzung Herbizid-Chemikalien von Zügen der Deutschen Bahn AG (6 Spritzzugkombinationen und über 20 Zweiwegespritzfahrzeuge) zur Durchführung von Entkrautungsverfahren zugelassen und verwendet werden, und erfolgt eine – auch der Öffentlichkeit zugängliche – Dokumentation über die Gesamtmenge des Chemikalieneinsatzes?

22. Abgeordnete  
**Dr. Angelica  
Schwall-Düren**  
(SPD)

Welche vorsorgenden Maßnahmen zur Verringerung etwaiger Risiken für das Grundwasser – im Hinblick auf den fortgesetzten Einsatz von Herbiziden auf Gleisanlagen der Deutschen Bahn AG – hat die Bundesregierung getroffen oder unterstützt, gerade auch deshalb, weil die Bundesregierung noch im Januar 1996 erklärt hatte, sie könne eine endgültige Beurteilung zur Grundwassergefährdung nicht treffen, da dazu – nach der damaligen Sichtweise der Bundesregierung – ergänzende Gutachten abgewartet werden sollten (Fragestunde vom 31. Januar 1996, Plenarprotokoll 13/82, S. 7175 A)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

23. Abgeordnete  
**Anneliese  
Augustin**  
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse des Gießener Instituts für Hygiene- und Umweltmedizin zum gesundheitlichen Gefahrenpotential von Kompostierungsanlagen, die auf einer Expertentagung des Regierungspräsidiums Darmstadt vorgestellt wurden (Bericht der HNA/Hessische Niedersächsische Allgemeine vom 26. Februar 1998)?

24. Abgeordnete  
**Anneliese  
Augustin**  
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu gesundheitlichen Risiken biologischer Abfallbehandlungsanlagen für Anwohner vor?
25. Abgeordneter  
**Dietrich  
Austermann**  
(CDU/CSU)
- Unter welchen Voraussetzungen ist der Verzicht auf ein Planfeststellungsverfahren für Maßnahmen der Deichverstärkung und des Küstenschutzes denkbar?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

26. Abgeordneter  
**Klaus-Jürgen  
Warnick**  
(PDS)
- Unter welchen Voraussetzungen hält die Bundesregierung eine behutsame, bestandsorientierte und den denkmalpflegerischen Belangen Rechnung tragende Asbestsanierung des Palastes der Republik mit der Maßgabe, diesen als städtisches kultur-kommunikatives Zentrum kurzfristig – auch abschnittsweise – wieder zu eröffnen, für möglich?
27. Abgeordneter  
**Klaus-Jürgen  
Warnick**  
(PDS)
- Gibt es für den gesamten Ablauf der Asbestsanierung einen Bauablaufplan, und unter welchen Umständen hält die Bundesregierung eine abschnittsweise Asbestsanierung (Volkskammertrakt, Mitteltrakt mit Foyer und großem Saal sowie Marstallseite) für durchführbar?
28. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar  
Enkelmann**  
(PDS)
- Mit welchen Ergebnissen wurde das vom Gemeinsamen Ausschuß von Bundesregierung und Berliner Senat am 28. Mai 1997 beschlossene Interessenbekundungsverfahren für die Neugestaltung des Schloßplatzes abgeschlossen, und wie sollen die Öffentlichkeit und das Parlament in das weitere Verfahren einbezogen werden?



29. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar  
Enkelmann**  
(PDS)
- In welchem Umfang sind in den für die Asbestsanierung des Palastes der Republik geplanten 101 Mio. DM die Kosten für einen behutsamen, bestandsorientierten und den denkmalpflegerischen Belangen Rechnung tragenden Ausbau von Teilen eingeplant, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Oberfinanzdirektion (lt. Berliner Zeitung vom 10. Februar 1998), daß eine Asbestsanierung unter der Maßgabe, den Palast zu erhalten, Mehrkosten von 20 Mio. DM verursachen würde?
30. Abgeordnete  
**Dr. Christa  
Luft**  
(PDS)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung angesichts der Äußerungen des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Eduard Oswald, in einem Berliner Radiosender am 22. Februar 1998, in dem er für eine Neugestaltung des Schloßplatzes nach historischem Vorbild plädierte, zu den Erklärungen des früheren Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, im Oktober 1997, daß mit der nun beginnenden Asbestsanierung keine Vorentscheidung über die Zukunft des Palastes der Republik getroffen werde, den Belangen des Denkmalschutzes Rechnung getragen werde und auch die Wiederherstellung und Inbetriebnahme des Gebäudes möglich bleibe?
31. Abgeordnete  
**Dr. Christa  
Luft**  
(PDS)
- Auf welcher Grundlage im Hinblick auf Nutzungsziele, Gestaltungsvorgaben und Zeitvorstellungen soll der internationale Architekturwettbewerb ausgelobt werden, und inwieweit sollen die Öffentlichkeit und das Parlament in das weitere Verfahren einbezogen werden?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

32. Abgeordneter  
**Rudolf  
Bindig**  
(SPD)
- Zu welchem Thema und wie lange etwa (in Minuten) hat der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, im Oktober 1996 bei der Landeskreditbank Baden-Württemberg einen Vortrag gehalten, für welchen nach öffentlichen

- Erklärungen der Landeskreditbank ein Vortragshonorar von 25000 DM gezahlt worden ist, welches wiederum als Spende (vgl. Rechenschaftsbericht der F.D.P. für das Kalenderjahr 1996, Drucksache 13/8923, S. 105) an die F.D.P. geflossen ist (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Februar 1998)?
33. Abgeordneter  
**Rudolf Bindig**  
(SPD)
- Wann und in welcher Form (schriftlich oder mündlich) ist die Vereinbarung getroffen worden, daß für diesen Vortrag ein Honorar der letztlich gezahlten Höhe gezahlt werden soll?
34. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Welche Fragen bleiben auch nach Auffassung der Bundesregierung bei der zwischen UN-Generalsekretär Kofi Annan und der irakischen Regierung am 22./23. Februar 1998 geschlossenen Vereinbarung bisher noch offen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Vereinbarung im ganzen?
35. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung als Alternative zu der bisherigen, besonders von den Vereinigten Staaten betriebenen doppelten Eindämmungspolitik gegenüber dem Iran und dem Irak die Organisation eines mittelfristig angelegten, regionalen Friedensprozesses in dieser Region für richtig, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung für eine solche Initiative selbst entwickelt?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

36. Abgeordneter  
**Dr. Burkhard Hirsch**  
(F.D.P.)
- Wird es in diesem Jahr im Gegensatz zu den Vorjahren gelingen, die Polizeiliche Kriminalstatistik nicht wieder erst Monate nach ihrer Erstellung zu veröffentlichen, und damit vermieden, daß Insider ihnen bekannte Statistikergebnisse bereits vor der Veröffentlichung nutzen, um ihre rechts- oder kriminalpolitischen Forderungen zu untermauern, ohne daß andere diese Angaben daraufhin überprüfen können, ob sie wegen weiterer Ergebnisse der Statistik modifiziert werden müssen oder sachlich unzulässig aus einem Gesamtzusammenhang gerissen worden sind?

37. Abgeordneter  
**Dr. Burkhard Hirsch**  
(F.D.P.)
- Welches sind die Gründe dafür, daß es bisher immer noch nicht gelungen ist, wie u. a. bereits Ende 1989 von der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gefordert, eine Verlaufsstatistik zu erstellen, die aufzeigt, was aus den von der Polizei erfaßten Fällen bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten geworden ist?
38. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- In welcher Form hat die Bundesrepublik Deutschland in der jüngsten Vergangenheit dem Staat Indonesien Polizeihilfe gewährt, und welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?
39. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welches Polizeihilfe-Programm für Indonesien das Bundesland Berlin (oder andere Bundesländer) derzeit plant, und welchen Einfluß hat die Bundesregierung auf Polizeihilfe-Programme der Bundesländer?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

40. Abgeordneter  
**Dr. Egon Jüttner**  
(CDU/CSU)
- Wie hoch sind die Einnahmen, die der Bund bisher durch den Verkauf von Vermögen erzielt hat, das zwischen 1945 und 1949 aufgrund politischer Verfolgung und Willkürjustiz in staatlichen Besitz überging und später durch die Bundesrepublik Deutschland übernommen worden ist?
41. Abgeordneter  
**Dr. Egon Jüttner**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang und zu welchem Preis hat bisher der Bund zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone enteignetes und später in den Besitz der Bundesrepublik Deutschland übergegangenes Vermögen an ehemalige Opfer der unter sowjetischer Besatzung erfolgten Enteignungen zurückgegeben?

42. Abgeordneter  
**Peter  
Conradi**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung des Euro bei der Verteilung von Gewinnen der Europäischen Zentralbank zukünftig Jahr für Jahr Milliardeneinnahmen entgehen, weil die auf Deutschland entfallenden Geldschöpfungsgewinne der Europäischen Zentralbank weit geringer sind als die Geldschöpfungsgewinne der Deutschen Bundesbank?
43. Abgeordneter  
**Peter  
Conradi**  
(SPD)
- Wer hat diese für Deutschland ungünstige Regelung im Vertrag von Maastricht ausgehandelt, und welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, diese Umverteilungsregelung zu ändern?
44. Abgeordneter  
**Jürgen  
Augustinowitz**  
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung die Zustimmung des Deutschen Bundestages für ihr Stimmverhalten bei den Beschlüssen nach Artikel 109j Abs. 3 und 4 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Union einholen, und durch welche Verfahrensweise wird sie sicherstellen, daß sich diese Abstimmung entsprechend der gemeinsamen Erklärung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates auf „dieselbe Materie wie die Bewertung des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister und die Entscheidung des Rates in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs“ (d. h. auch auf die Teilnahme einzelner Mitgliedsstaaten) bezieht?
45. Abgeordnete  
**Dr. Liesel  
Hartenstein**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Umstellungskosten auf den Euro von den Wirtschaftsunternehmen, Banken etc. als Werbungs- und Betriebsausgaben steuermindernd abgesetzt werden können, und mit welchen dadurch bedingten Steuerausfällen rechnet die Bundesregierung in den Jahren 1999 bis 2002?
46. Abgeordnete  
**Dr. Liesel  
Hartenstein**  
(SPD)
- Welche Umstellungskosten werden durch die Währungsunion auf die Sozialversicherungssysteme, also die Krankenkassen, Rentenkassen, Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung, zukommen und wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß diese Kosten nicht auf die Beitragszahler übergewälzt werden?

**47. Abgeordneter**  
**Dr. Olaf**  
**Feldmann**  
(F.D.P.)

Wie gedenkt die Bundesregierung nach dem Scheitern des Steuerreformgesetzes die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes (BFH XI R 18/94 vom 26. Juni 1996) bzw. des Europäischen Gerichtshofes (EuGH vom 2. Mai 1996) umzusetzen, und welche Übergangsregelung ist für das Gastgewerbe zu erwarten?

Bonn, den 27. Februar 1998





